

Finanzmarkt wirbt um Vertrauen



Geschrieben von: Steffen Klatt, Rüschlikon 10.09.09



Stichworte: **{Finanzmarkt}** **{Verantwortung}**



Der Finanzmarkt steckt in einer Vertrauenskrise. Der gute Ruf vieler Banken und Finanzinstitutionen ist beschädigt. Weniger klar ist, wie das verlorengegangene Vertrauen wiederhergestellt werden soll.

Kaspar Villiger hat eine schwierige Aufgabe vor sich. „Der gute Ruf eines Unternehmens ist zu einer wichtigen Voraussetzung seines Erfolgs geworden“, sagt der Präsident des Verwaltungsrates der **UBS**, jener Schweizer Bank also, deren Ruf in der Finanzkrise am meisten gelitten hat. Villiger sprach in Rüschlikon am Symposium des **Sustainability Forum** Zürich. Die Stiftung beschäftigt sich seit zehn Jahren mit der Nachhaltigkeit im Finanzsektor.

Villiger: Politik soll sich zurückhalten

Für die Finanzkrise macht der Bankenretter vor allem die Politik verantwortlich. „Politische Fehler bilden die Wurzel der Krise“, sagte der Ex-Politiker und ehemalige Finanzminister. Er zeigte dabei vor allem auf die USA mit ihrer lange Zeit zu niedrigen Zinsen und ihrer übermässigen Förderung des Wohneigentums. Allerdings kommen die Banken in der Analyse Villigers nicht ungeschoren davon. Villiger hält die Vorwürfe, das Finanzsystem habe versagt, zumindest teilweise für berechtigt. „Viele Banker haben lange blind an die Risikomodelle geglaubt.“ Der Freisinnige glaubt aber auch weiterhin an die Selbstreinigungskräfte des Finanzmarktes. „Gutes Verhalten kann nicht durch den Staat vorgeschrieben werden.“ Entsprechend sieht er die Gefahren der Zukunft vor allem in der Politik, im politischen Druck auf die Notenbanken, in staatlicher Schuldenwirtschaft, Überregulierung und Protektionismus.

Verwandte Themen

{ Nachhaltigkeit in der Krise!?, 03.09.09 }

{ Finanzplatz muss sauberschrumpfen, 03.08.09 }

{ Profit allein ist nicht genug, 08.07.09 }

{ Die wahren Gründe der Krise, 30.06.09 }

{ Gute Praktiken wiederbeleben, 17.06.09 }

Verursacher sollen zahlen

Andere gehen weniger pfleglich mit den Finanzinstitutionen um. So attestiert Paul Frentrop den Banken, sehr viel weniger offen für konstruktive Kritik seitens der Aktionäre zu sein als Industrieunternehmen – und bei diesen sei es schon schwer genug,

{ Nachfrage nimmt wieder zu, 08.05.09 }

{ Der Staat ist gefordert, 08.12.08 }

kritischen Stimmen Gehör zu verschaffen. Frentrop ist bei APG verantwortlich für die gute Unternehmensführung. Die

Fondsgesellschaft verwaltet unter anderem die Pensionen der niederländischen Staatsangestellten. APG habe lange sehr stark in Banken investiert. Aber mit seiner Kritik sei der Fonds nur mit Mühe bis an die Unternehmensspitzen gelangt. Er fordert, dass Banken stärker für die Folgen ihres Tuns zur Verantwortung gezogen werden können.

So sieht das auch Kai-Uwe Schanz vom Zürcher Beratungsbüro Dr. Schanz, Alms & Company. „Die Regulierung des Finanzmarktes sollte sich ein Vorbild am Umweltrecht nehmen: Der Verursacher zahlt.“ Der am meisten irritierende Zug dieser Krise sei es, dass die Steuerzahler für die Folgen aufkommen müssten. Unterstützung erhielt Schanz in Rüslikon von Thomas Cooley, Dekan der Stern School of Business an der Universität New York. Es könne nicht sein, dass Banken zwar Chaos stiften, aber nicht bankrott gehen könnten. Umweltschutz und Finanzmarkt unterschieden sich nicht allzu sehr. "Im Umweltschutz muss der Umweltverschmutzer zahlen, in der Finanzindustrie sollte der Finanzverschmutzer zahlen."

Anleger müssen informiert sein

Die Finanzindustrie hat aber auch an Vertrauen verloren, weil ihre Kunden nicht die Produkte verstanden haben, in die ihr Geld angelegt war. „Der Investor muss nicht unbedingt alles genau kennen, in das er investiert“, sagte Peter Franconi, Chef Private Banking von Vontobel. „Aber er muss sich auf seinen Berater verlassen können.“ Das sei nicht immer der Fall gewesen. Manche Finanzinstitutionen seien wie Fabriken gewesen. Vontobel habe daraus Lehren gezogen. „Wir sind jetzt viel mehr Manufaktur als Fabrik.“ Der Investor sollte wissen, wo sein Geld angelegt ist.

Doch nicht alle Investoren sind auch wirklich daran interessiert. Das gelte selbst für kleinere Pensionskassen, sagt Ivo Knoepfel, Gründer des Finanzberatungsunternehmens onValue. Sie vergäben die Verwaltungsmandate an Investmentbanker, ohne ihnen klare Signale zu geben, wie das Geld der Arbeitnehmer und Pensionierten zu verwalten sei. Zumindest die AHV hat daraus Konsequenzen gezogen. Sie habe vor der Krise bis zu 60 Mandate zur Verwaltung von AHV-Mitteln nach aussen vergeben. Jetzt sei ein grosser Teil dieser Vermögensverwaltung wieder ins Haus zurückgeholt, sagte Vizedirektorin Doris Schönemann. Zumindest die AHV sollte damit krisenresistenter sein.

Die Krise habe das Vertrauen in die Finanzindustrie erschüttert, sagte Peter Forstmoser, Präsident des Sustainability Forums Zürich und bis zum Frühjahr Präsident des Verwaltungsrates der Swiss Re. Es wird eine Zeit brauchen, bis dieses Vertrauen wiedergewonnen worden ist. Aufschwung allein wird dazu nicht reichen.

Bild: UBS